

„Wir sollten keine Ausreden gelten lassen ... denn mit den Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein“

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier im Exklusiv-Interview

Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, zieht eine Bilanz seiner einjährigen Amtszeit

Herr Ministerpräsident, Sie sind seit gut einem Jahr im Amt? Wie läuft's denn in Hessen?

Volker Bouffier: Unsere Koalition von CDU und FDP ist stabil, arbeitet engagiert und berechenbar, wir machen eine bürgerorientierte und pragmatische Sachpolitik. Ich denke, das merken die Menschen in Hessen auch, und diese erfolgreiche Arbeit werden wir auch so fortsetzen. Das vergangene Jahr hatte zahlreiche große Momente und Herausforderungen, aber wir haben unser Land weiter nach vorne gebracht. Mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung sind wir einen großen Schritt in diese Richtung gegangen. Wir haben den Energiegipfel ins Leben gerufen und ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht. Noch nie waren in Hessen so viele Menschen erwerbstätig, obwohl auch wir nicht von der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Nachkriegszeit verschont geblieben sind.

In einem prosperierenden Bundesland wie Hessen spielt der Mittelstand eine besondere Rolle – wie steht's um ihn?

Bouffier: Zunächst einmal ist zu sagen, dass die wirtschaftliche Situation in Hessen hervorragend ist. Hessen hat aktuell die höchste Zahl an Arbeitsstellen in der Geschichte des Landes, wir haben mehr Lehrstellen als Bewerber. Die hessische Wirtschaft brummt, sie ist Mitte 2011 mit einem erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von 225 Milliarden Euro wieder auf Vorkrisenniveau angelangt. Mit dieser Wirtschaftskraft nimmt Hessen, auf die Zahl der Erwerbstätigen umgerechnet, wieder mit deutlichem Abstand einen ersten Platz unter den Flächenländern ein. Dies ist auch das Ergebnis einer umsichtigen und planvollen Wirtschaftspolitik, wie etwa dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm, das dazu beigetragen hat, Hessen sicher durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bringen. Der hessische Mittelstand schließlich nimmt hier eine herausragende Rolle ein, ist er doch Jobmotor und Ausbilder Nr. 1 in unserem Bundesland. Rund 60 Prozent der Arbeitsplätze und über 70 Prozent der Ausbildungsplätze sind bei kleinen und mittleren Unternehmen angesiedelt. Man kann ohne Übertreibung sagen, der Mittelstand ist das Rückgrat der hessischen Wirtschaft.

Wie bewältigt Hessen die Energiewende? Planen Sie beschleunigt Stromtrassen, den Ausbau der Windenergie sowie Biogas- und Photovoltaik-Anlagen?

Bouffier: Nach den Ereignissen in Fukushima habe ich den Hessischen Energiegipfel unter Teilnahme aller Fraktionen des Hessischen Landtags sowie Vertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verbänden ins Leben gerufen. Dies ist in der Bundesrepublik einzigartig. Bei der Frage, wie die Energieversorgung in Zukunft aussehen soll, setzen wir auf einen Konsens in Gesellschaft und Politik. Grundsätzlich gilt: Die Energieversorgung der Zukunft soll sauber, sicher, bezahlbar und von der Gesellschaft akzeptiert gestaltet werden. Seit Fukushima besteht ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens, dass dieser Energiemix so schnell wie möglich ohne Kernkraft auskommen soll. Die größere Aufgabe ist es doch, den Umbau zu gestalten. Dabei müssen sowohl ökologische, als auch ökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Denn: Ausgangspunkt aller Überlegungen muss die Energiesicherheit und die Bezahlbarkeit sein. Hessen muss ein starkes Industrie- und Dienstleis-

tungsland bleiben, nur so werden wir Arbeitsplätze sichern und unseren Wohlstand erhalten können.

Wenn Sie sich im Kreis der Länderchefs umsehen und feststellen, dass bei Ihren Unions-Kollegen ein beträchtlicher Schwund eingesetzt hat, wie ist Ihnen dann zu Mute?

Bouffier: Hierfür gibt es ja unterschiedliche Gründe. Während in Hamburg die Schule das ausschlaggebende Thema war, hat bei der Wahl in Baden-Württemberg Fukushima einen erheblichen Einfluss gehabt. Ich bin daher guten Mutes, dass die Ergebnisse bei den nächsten Wahlen schon wieder anders aussehen. Wahr ist aber auch: wir sollten keine Ausreden gelten lassen, denn mit den Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein.

Das Ansehen der Bundes-Union bei Wählern und Mitgliedern ist im Augenblick nicht das Beste? In einer solchen Lage heißt es immer, man müsse die eigene Politik den Menschen besser erklären. Aber vielleicht liegt es ja auch an der Politik selbst?

Bouffier: Ich habe schon immer gesagt, dass man den Menschen genauer erklären muss, warum wir was machen. Man muss sie abholen und darlegen, dass man diese oder jene Politik macht, weil man sie für richtig hält und warum man sie für richtig hält. Da müssen wir noch besser werden.

Nach dem blamablen Abschneiden der Berliner Koalition aus Union und FDP in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vermisst man einen Ruck, ein „mea culpa“. Gewöhnt man sich nach zwei Dutzend verlorenen Wahlen allmählich an so was?

Bouffier: Nein, natürlich nicht. In Berlin hat die CDU ja sogar hinzugewinnen können. Trotzdem kann man damit nicht zufrieden sein, muss aber, wie ich eingangs schon darlegte, immer aktuelle Themen berücksichtigen, die durchaus auch ein-

mal nur lokalen Charakter haben können und die Grundstimmung im jeweiligen Land beeinflussen. Es bleibt eine Frage der Stimmung; zudem ist der Bundestrend gegenläufig. Die Debatte um den Euro hat diesen Trend auch beherrscht.

Sie bezeichnen ihre eigene Regierungspolitik als „dynamisch, entschlossen und verlässlich“. Wäre das nicht auch ein Rezept für Berlin?

Bouffier: Natürlich, aber bei allem Selbstbewusstsein: die Bundesregierung hat noch einige andere Aufgabenstellungen zu bewältigen und zu lösen als wir in Hessen auf Landesebene. Dass dabei die Unterschiede zwischen den Beteiligten vielleicht stärker in die öffentliche Wahrnehmung geraten, ist ein Stück weit normal.

Sie haben sich mehrfach sehr akzentuiert zur europäischen Schuldenkrise geäußert. Rückt nach Ihrer Einschätzung das Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Verbund näher?

Bouffier: Europa ist ein Jahrhundert- und Friedensprojekt, das wir nicht kleinreden dürfen. Die griechische Regierung unternimmt enorme Anstrengungen, um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen – das braucht Zeit. Aber ich werde ebenso unsere Interessen, die gleichzeitig europäische Interessen sind, vertreten. Die Situation, in der wir uns jetzt befinden, war noch nie da, hat historische Dimensionen. Aber die CDU hat sich auch und gerade in Krisenzeiten stets als verlässlich bewährt. Nun gilt es, etwas auf den Weg zu bringen, dass sich auch beherrschen lässt. Fakt ist doch, dass die Diskussion um den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone eine sehr theoretische ist, denn ein entsprechendes Regelwerk gibt es noch gar nicht. Dies soll jetzt beschlossen werden, denn nur mit entsprechenden Regeln können wir dann auch Sanktionen festlegen.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl



Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident
seit 31.8.2010

Geboren am 18. Dezember 1951 in
Gießen, evangelisch, verheiratet und
drei Kinder

1970

Abitur in Gießen

1970 – 1975

Studium der Rechtswissenschaften
an der Universität Gießen;
Erste (1975) und zweite (1977)
Juristische Staatsprüfung

1975 – 1978

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Universität Gießen

1978 – 1987

Rechtsanwalt und Notar in Gießen

seit 1978

Mitglied im Landesvorstand der CDU
Hessen, 1991 - 2010 stellv. Landesvor-
sitzender der CDU-Hessen, seit 2010
Landesvorsitzender

1979 – 1993

Stadtverordneter in Gießen

1979 – 1999

Mitglied im Kreistag des Landkreises
Gießen

1982 – 1987

Mitglied des Hessischen Landtags
und seit 1991

1987 – 1991

Staatssekretär im Hessischen
Ministerium der Justiz

1999 – 2010

Hessischer Minister des Innern und
für Sport

seit 2010

stellvertretender Vorsitzender der
CDU Deutschlands



MIT-Magazin-
Chefredakteur
Günter Kohl
im Gespräch mit
Volker Bouffier